

Als Baby den Eltern entrissen

Weinland Bis 1981 platzierten Behörden Babys in Heimen, wenn der Lebenswandel der Eltern nicht der bürgerlichen Norm entsprach. Eine Betroffene ist Marlies Landolt, die in Uhwiesen aufgewachsen ist.

Jonas Gabrieli

Marlies Landolt kennt ihre leiblichen Eltern nur aus Akten des Zürcher Staatsarchivs. Sie kann sich weder an ihren Vater, einen italienischen Eisenleger aus dem Stadtzürcher Langstrassenquartier, noch an ihre Mutter aus dem Kanton Bern erinnern, die sie als ledige 19-Jährige in Zürich geboren hatte. Denn die Behörden entrissen das im Januar 1950 geborene, uneheliche Baby den Eltern. Grund: «Liederlicher Lebenswandel», der nicht den bürgerlichen Normen entsprach.

Juristisch wehren konnte man sich dagegen nicht. Noch bis 1981 war es hierzulande möglich, Kinder und Erwachsene in Heimen so zu «korrigieren». Dieses dunkle Kapitel der Schweizer Geschichte hat eine unabhängige Expertenkommission im Auftrag des Bundesrats nun aufgearbeitet. Von März bis September präsentierten diese ihre Forschungsergebnisse in einer Wanderausstellung. Am Donnerstag findet in Andelfingen zusätzlich eine Podiumsdiskussion mit zwei Zeitzeuginnen statt. Eine davon ist Marlies Landolt.

«Beinahe gestorben»

Als Baby kämpfte Landolt in einem Zürcher Kinderheim um ihr Leben. «Ich bin dort beinahe gestorben, weil ich sehr untergewichtig war.» Ihr Leben hing an einem seidenen Faden. Doch dann schien Landolt Glück im Unglück zu haben: Ein kinderloses Ehepaar aus Uhwiesen nahm das damals neunmonatige Baby bei sich auf. Als die beiden 40 Jahre alt waren, durften sie die dreijährige Marlies gemäss damaligem Gesetz offiziell adoptieren. «Ich hatte Glück, dass ich nicht wie andere verdingt worden bin. Meine Adoptiveltern pöppelten mich wieder auf.»

Doch die Adoption entpuppte sich rasch als goldener Käfig. Denn die Eltern gehörten der Pfingstmission an und waren entsprechend fromm: «Ich hatte keine Freiheit und wurde iso-

liert.» Landolt flüchtete sich in Bücher: «Ich las extrem viel. Das machte nämlich keine Unordnung.» Nicht jedes Buch durfte Landolt jedoch lesen, Pippi Langstrumpf war etwa verboten. Schulisch war sie stark, besonders in Sprachen und Geschichte. Doch ihre Eltern wollten nicht, dass sie ans Gymnasium geht. «Sei froh, dass du eine Lehre machen darfst», habe es geheissen. Sie machte dann das KV. Am Ende übte sie den Beruf ein Leben lang aus. Sie wäre gerne Anwältin geworden und hätte sich für mehr Gerechtigkeit eingesetzt, sagt sie heute.

Bei den 68ern engagiert

Die Rebellion während der Pubertät fiel nach Jahren der Isolation umso stärker aus. «Wie eine Champagnerflasche, die unter Druck aufplatzt», sagt Landolt. Ihre Eltern ersuchten die Behörden gar um Auflösung der Adoption, jedoch erfolglos. Landolt verliess das Elternhaus mit 19 Jahren und engagierte sich in der 68er-Bewegung, trat auch der kommunistischen Poch-Partei bei und demonstrierte für das Frauenstimmrecht und das Recht auf Abtreibung: «Ich war völlig rebellisch und habe alles ausprobiert.»

Doch die Geschichte ihrer leiblichen Mutter wiederholte sich: Mit 20 Jahren, 1970, bekam

«Es hat mich schon sehr verletzt, dass mich meine Mutter im Testament nicht erwähnt hat.»

Marlies Landolt
Zeitzeugin



Die heute 69-jährige Marlies Landolt ist ein freiheitsliebender Mensch. Foto: Marc Dahinden

sie einen unehelichen Sohn. Die Krankenschwester, die ihr im Spital Schaffhausen zum Kind gratulierte, fragte denn auch so gleich, ob sie ihr Kind nicht gleich weggeben wolle. Sie sei ja schliesslich ledig. «Zum Glück kam dann gleich der Chefarzt und hat diese Schwester hinauskomplimentiert», erinnert sich Landolt. Sie zog ihren Sohn allein auf und musste bei der Wohngemeinde Neuhausen schriftlich bestätigen, dass sie den Behörden finanziell nicht zur Last fällt. Ihrem Sohn hat sie viele Freiheiten gewährt: «Aber er war ein Nerd und sass oft zu Hause vor seinem Computer.»

«Aus allen Wolken gefallen»

Nach dem Tod ihrer Adoptiveltern spürte Landolt die Adresse

ihres leiblichen Mutter auf: «Ich stand vor ihrer Haustüre, bin dann aber wieder gegangen. Ich wollte keine alten Wunden aufreissen.» Später rief sie einmal bei ihrer Mutter an. «Um ihre Stimme zu hören. Danach habe ich aber gleich wieder aufgelegt.»

Als ihre Mutter verstorben war, erhielt sie eines Tages vom Bezirksgericht eine Erbbescheinigung. Im Testament hatte ihre Mutter angegeben, dass sie keine eigenen Nachkommen gehabt habe. «Das hat mich schon sehr verletzt, dass sie mich dort nicht erwähnt hat.» Die Behörden bemerkten aber die Unstimmigkeit und sprachen Landolt das Erbe zu. «Nicht einmal die Geschwister meiner Mutter wussten, dass ich existiere, und sind aus allen Wolken gefallen.»

Nachdem Landolts Sohn erwachsen war, konnte sie endlich nachholen, was sie ihr Leben lang schon einmal tun wollte: die Freiheit geniessen und zusammen mit ihrem Partner die Welt bereisen.

Podiumsdiskussion «Fremdplatziert im Zürcher Weinland» diesen Donnerstag um 19.30 Uhr. Es diskutieren: Marlies Landolt und Heidi Ambiel-Eiter (Zeitzeuginnen), Karin Fischer (Präsidentin Kesh Winterthur/Andelfingen), Beat Gnädiger (Mitglied Unabhängige Expertenkommission/Staatsarchivar Zürich), Moderation: Silvia Müller («Andelfinger Zeitung»), Ausbildungszentrum Andelfingen, Niederfeldstrasse 3.

Wanderausstellung «Ausgegrenzt & Weggesperrt», vom 26. bis 31. März auf dem Hechtplatz in Zürich. Danach ist die Ausstellung bis am 2. Juni in weiteren Schweizer Städten unterwegs.

Kirchgemeinde baut neuen Büropavillon

Aadorf Die katholische Kirchgemeinde Aadorf-Tänikon investiert 2,5 Millionen Franken.

So komme sich auch niemand mehr in die Quere, sagt Bruno Gerig, Präsident der katholischen Kirchgemeinde Aadorf-Tänikon. Denn die Wohnung im Pfarrhaus in Aadorf vermietet die Gemeinde derzeit an Privatpersonen, im Erdgeschoss befinden sich aber noch zwei ihrer Büros und Gemeinschaftsräume. Diese beiden Nutzungen sollen nun separiert werden. «Die Trennung ist uns wichtig, das ist ein Schritt in die Zukunft», sagt Gerig. Konkrete Probleme zwischen Mietern und der Gemeinde habe es aber nicht gegeben.

2,5 Millionen Franken will die Kirchgemeinde investieren, die Stimmbürgerinnen segneten den Kredit an der letzten Versammlung mit 62 von 76 Stimmen ab, wie die «Elgger/Aadorfer Zeitung» berichtete. Das Pfarrhaus sei in die Jahre gekommen, und die technischen Anlagen bedürft-



Im Garten des Pfarrhauses soll gebaut werden. Foto: Marc Dahinden

ten sowieso einer Überholung, sagt Gerig. Aus den Büros, einer grossen Wohnung mit 5 Nasszellen und einem Estrich sollen drei Vierzimmerwohnungen werden.

Die neuen Wohnungen will die Gemeinde weiter an Privatpersonen oder falls benötigt an kirchliche Mitarbeiter vermieten. Zu reden hätten an der Kirchge-

meindeversammlung die Mietpreise gegeben, sagt Gerig. Das zuständige Architekturbüro habe eine Schätzung vorgenommen und halte einen Mietpreis zwischen 1800 und 2000 Franken für angemessen.

Viel Glockengeläut

Einige Stimmbürger hätten angezweifelt, ob diese Mietpreise realistisch seien, zumal die Wohnungen Glockengeläut von verschiedenen Kirchtürmen ausgesetzt seien. «Wer sich darüber aufregt, muss ja nicht da wohnen», sagt Gerig. Es gebe auch genügend Leute, denen die Glockenklänge gefielen. Die Glocken läuteten zudem nur tagsüber, und die protestantische und die reformierte Kirche wechselten sich monatlich ab. Die Kirchgemeinde rechnet mit Mieteinnahmen von 74 000 Franken pro Jahr. «Aber das ist natürlich ein Stück

weit in der Kristallkugel gelesen», sagt Gerig.

Im Garten des Pfarrhauses ist ein neuer Pavillon geplant. Darin finden drei Büros Platz und ein «vernünftiger» Gemeinschaftsraum. «Da kann beispielsweise der Religionsunterricht stattfinden», sagt Gerig. Zudem sei das Gebäude rollstuhlgängig. Der Baustart für den Pavillon sei für den Herbst 2019 vorgesehen. «Aber das hängt natürlich auch von den Bewilligungen ab», sagt Gerig. Im Frühjahr 2020 sollen voraussichtlich die Büros bezügelt werden, und danach kann der Umbau des Pfarrhauses starten. Die neuen Wohnungen sollen 2021 bezugsbereit sein. Die Kirchgemeinde ist überzeugt, dass der Kredit keine Steuererhöhung nötig macht und die Abschreibungen und Zinsen mit den Mieterträgen gedeckt werden können. (nid)

Pro Zürcher Berggebiet entschuldigt sich

Bauma Der Vorstand der Natürli-Organisation bedauert «unsensible Kommunikation».

Der Verband Pro Zürcher Berggebiet räumt bei der sofortigen Trennung von seinem Geschäftsführer Jean-Luc Ferrazzini Fehler ein. Am vergangenen Mittwoch hatte Präsident Ernst Kocher ein «Landbote»-Interview mit Ferrazzini unterbrochen und dem Journalisten danach mitgeteilt, dass man sich gerade von ihm trennen werde.

Die Aktion hat zahlreiche Reaktionen ausgelöst. Inzwischen habe sich der Vorstand kritisch hinterfragt, heisst es in einer Mitteilung des Verbands. Die Kommunikation sei unsensibel gewesen. Kocher habe sich bei Ferrazzini entschuldigt. Die Trennung habe sich zwar wegen unterschiedlicher Auffassungen über die künftige Ausrichtung abgezeichnet, eine sofortige Trennung habe sich aber nicht aufgedrängt.

Der Verband Pro Zürcher Berggebiet hat 13 Mitgliedsgemeinden, er ist Eigentümer der Marke Natürli, die vor allem für ihre Käse- und Milchprodukte bekannt ist. Nicht zu verwechseln ist der Verband mit der Firma Natürli Zürioberland AG, die Natürli-Käse verkauft. (roh)

Nachrichten

Bei Kontrolle drei Raser erwischt

Russikon/Buch am Irchel Verkehrspolizisten führten am Sonntagmorgen auf dem Irchel und Berg am Russikon deren Geschwindigkeitskontrollen durch. Dabei führten in Russikon auf der Madetswilerstrasse zwei Motorradfahrer unmittelbar nacheinander mit einer Geschwindigkeit von je 161 Kilometer pro Stunde an der Messstelle vorbei. Den beiden Schweizern im Alter von 28 und 35 Jahren entzogen die Polizisten auf der Stelle den Führerausweis. Ihre Motorräder wurden im Auftrag der Staatsanwaltschaft einstweilen sichergestellt.

In Buch am Irchel fuhr ein 21-jähriger Schweizer mit 153 Kilometer pro Stunde durch die Messstelle auf der Dorfstrasse. Auch ihm wurde der Führerausweis sofort entzogen. Alle drei Männer werden wegen Raserdelikte bei den zuständigen Staatsanwaltschaften angezeigt. (red)

Kunststoff kann jetzt recycelt werden

Elgg Die Gesundheitsbehörde Elgg hat entschieden, dass sie neu die Möglichkeit einer Kunststoffsammlung anbieten möchte. Eigentlich wäre die Entsorgung Aufgabe der Gemeinde. Weil Elgg die Sammlung von Kunststoff aber nicht selbst durchführen kann, hat sie einen privaten Dienstleister gesucht, der diese Aufgabe übernehmen kann, und hat mit der Firma Kägi AG aus Wittenwil einen Konzessionsvertrag abgeschlossen. Damit ist die Firma berechtigt, in Elgg Sammelsäcke für Kunststoff zu verkaufen. Die Säcke können ab sofort im Volg oder bei der Drogerie Bisang im Dorfzentrum bezogen werden. Die Firma Kägi AG nimmt die gefüllten Säcke beim Sammelplatz in Aadorf entgegen. (red)